

Motion Luzius Theiler (GaP): Die Stadt durch Dezentralisierung fusionsfähig gestalten

Nachdem die Diskussion um eine Stadterweiterung durch den Vorstoss von Ostermundigen richtig angelaufen ist, gilt es als erstes, Bern «fusionsfähig» zu gestalten. Dazu gehört eine Dezentralisierung der Stadt, damit neu zur Stadt stossende Gemeinden einen Teil ihrer heutigen Autonomie behalten können. Eine Erweiterung der Mitwirkung der einzelnen Stadtteile wäre auch im Interesse des «alten Stadtgebietes». Wer sich in den anerkannten Quartierorganisationen engagiert, vermisst oft klar umschriebene Kompetenzen und das Fehlen eines Budgets für Quartierprojekte. Leider sind Vorstösse für mehr Selbstbestimmung der Quartiere immer wieder gescheitert, zuletzt 2016 bei der Revision des Reglements über die politischen Rechte. Jetzt besteht aber Notwendigkeit, dieses Thema anzupacken. Denn eine Stadt, die nur einen Anschluss an die heutigen zentralistischen Strukturen ermöglicht, ist für andere Gemeinden nicht attraktiv.

Während für Entscheide über Angelegenheiten von gesamtstädtischer Bedeutung weiterhin der im gesamtstädtischen Wahlkreis gewählte Stadtrat zuständig wäre, könnten z.B. Entscheide, welche speziell die Lebensbedingungen im Quartier betreffen (Grünflächen, Sonderbauvorschriften, Schulhausbauten etc.) endgültig durch die Quartiervertretung beschlossen werden. Dazu müssten sie über ein Budget verfügen können. Zudem müssten die Quartiervertretungen bei allen quartierrelevanten Vorhaben auf gesamtstädtischer Ebene miteinbezogen werden, insbesondere bei Verkehrsprojekten, und in den Stadtratsvorlagen und Abstimmungsbotschaften mit einer Stellungnahme vertreten sein.

Für die Zusammensetzung der Quartiervertretungen sind verschiedene Varianten denkbar:

- Quartierorganisationen (wie heute)
- Stadtteilversammlungen nach dem Vorbild der Gemeindeversammlungen
- Urnenwahl im Proporzverfahren

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Stadtrat eine Vorlage – evtl. mit Varianten zu einzelnen Punkten – für eine entsprechende Anpassung der Gemeindeordnung zu unterbreiten.

Begründung der Dringlichkeit

Auch wenn allfällige Gemeindefusionen Zeit brauchen und das Resultat ungewiss ist, ist es wichtig, dass alle möglichen Beteiligten frühzeitig die Strukturen der erweiterten Stadt kennen. Mit dem Vorstoss von Ostermundigen ist eine Eigendynamik entstanden. Es ist darum wichtig, dass der Gemeinderat möglichst rasch beauftragt wird, die Anpassung der Strukturen vorzubereiten.

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 30. August 2018

Erstunterzeichnende: Luzius Theiler

Mitunterzeichnende: -

Antwort des Gemeinderats

Der Motionär nimmt die aktuell anlaufenden Fusionsabklärungen mit der Gemeinde Ostermundigen zum Anlass, die Zusammensetzung und die Kompetenzen der heutigen Quartiervertretungen zu überdenken. In Bezug auf die in der Zusammensetzung der Quartiervertretungen schlägt er drei verschiedene Varianten vor; Quartierorganisationen (wie heute), Stadtteilversammlungen nach dem Vorbild der Gemeindeversammlungen und die Urnenwahl im Proporzverfahren. Betreffend Kompetenzen soll eine «Erweiterung der Mitwirkung der einzelnen Stadtteile» stattfinden; etwa

durch die Einführung eines eigenen Budgets oder durch den Miteinbezug der Quartiervertretungen bei allen quartierrelevanten Vorhaben auf gesamtstädtischer Ebene.

Der Gemeinderat teilt die Ansicht des Motionärs, dass Mitwirkungsinstrumente in der Stadt Bern eine wichtige Rolle spielen. Er hat denn auch die Legislaturrichtlinien 2017 – 2020 unter das Leitmotiv «Stadt der Beteiligung» gestellt. Er ist auch der Meinung, dass eine gelegentliche Überprüfung der Situation angezeigt ist. Entsprechend ist der Gemeinderat bereit, diese Ideen aufzunehmen und parallel zum Fusionsabklärungsprozess auch mögliche Entwicklungsoptionen für die Stadtteile zu prüfen. Er möchte diesen Prüfauftrag jedoch nicht an den Fusionsprozess koppeln und diesen damit erschweren. Stattdessen soll diese Prüfung grundsätzlich ergebnisoffen und unabhängig vom Fusionsprojekt durchgeführt werden. Aus diesem Grund beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen und verweist auf seine Antwort auf die Motion Gutzwiller «Breitere Abstützung der Quartierkommissionen», welche ebenfalls Anpassungen in den Vertretungen der Quartierorganisationen fordert.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Bern, 12. Dezember 2018

Der Gemeinderat